

Selbstvergessene Politik und nationale Erneuerung

von Alfred Mechttersheimer

Diese fiktive Rede des Alterspräsidenten des 13. Deutschen Bundestages wurde für das Buch eines Bonner Journalisten geschrieben, der Schriftsteller, Intellektuelle und Politikerfragte, was sie anstelle von Stefan Heym als Alterspräsident gesagt hätten. Nach einigen Wochen teilte der Herausgeber mit, er könne diesen Beitrag wegen der "Schlagseite contra Westbindung" nicht in das Buch aufnehmen. Er hatte sich bei staatlichen Stellen und bei den Stiftungen der Bonner Parteien um Zuschüsse bemüht.

Die SWG, deren Mitglieder ein freiheitlichpluralistisches Bild von der Politik einer "offenen Gesellschaft" haben, veröffentlicht gekürzt den Beitrag von Alfred Mechttersheimer, um so der Gefahr eines Verlustes an Meinungsfreiheit entgegenzuwirken.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestages!

Sie sind nach der Verfassung dieses Landes Vertreter des ganzen Volkes! Aber gibt es überhaupt ein deutsches Volk? In diesem Land leben orientierungslose Menschen mit einem gebrochenen Selbstbewußtsein und einem gestörten Verhältnis zu ihrer Geschichte. Viele Deutsche empfinden sich gar nicht als Deutsche, wenn sie sich dessen nicht sogar schämen. Eine aktive Minderheit brüllt "Nie wieder Deutschland!".

Diese Gesellschaft scheint den Lebenswillen verloren zu haben. Während die Weltbevölkerung rapide wächst, implodiert die deutsche Einwohnerschaft. Und die Politik eilt dieser Entwicklung voraus: Es wurden ein Staatsapparat und ein Sozialsystem aufgebaut, die nicht zu bezahlen sind. Die Verschuldung wächst, als habe man die Zukunft bereits abgeschrieben. Regierung und Regierte handeln ohne gemeinsames Bewußtsein. Das Ganze wird nur noch durch Gesetze und Strukturen, aber nicht mehr durch einen kollektiven Geist und einen gemeinsamen politischen Willen zusammengehalten. Probleme gibt es in vielen Ländern. Aber die Gleichgültigkeit gegenüber dem eigenen Land und der eklatante Mangel an nationalem Selbstbewußtsein sind "typisch deutsch". Aus dem Volk ist eine Bevölkerung geworden.

Die Zerrissenheit hat weniger mit den Schwierigkeiten der inneren Vereinigung zu tun als vielmehr mit der Unfähigkeit der Westdeutschen zur Gemeinschaftsbildung. Das historische Geschenk der deutschen Einheit ist für den Staat und die Durchschnittsverdiener vor allem eine finanzielle Bürde, für die Großverdiener ein besonders lukratives Abschreibungsprojekt. Eine Herausforderung zur ohnehin fälligen großen nationalen Erneuerung ist es eigentlich für niemanden. Nicht selten vermitteln die politischen Eliten den Eindruck, als würden sie sich vor ihren westeuropäischen Kollegen für das größere Deutschland schämen.

Verehrte Kollegen und Kolleginnen, Klagen über einen Mangel an nationalem Selbstbewußtsein hört man neuerdings öfter, aber sie bleiben politisch folgenlos, weil keine neuen Entscheidungen getroffen werden, die Substanz der alten Nachkriegspolitik nicht

geändert wird. Lassen sie mich diese Stunde Null des Parlaments nutzen, um wenigstens heute an Tabus zu rühren, was sonst nur um den Preis politischer Ächtung möglich wäre.

Der nationale Nihilismus in allen hier vertretenen Parteien ist in den fünf Jahren seit dem Fall der Berliner Mauer noch gewachsen. Auch dort, wo die Bevölkerung mit dem Ruf "Wir sind ein Volk" das SEDRegime davongejagt hat, grassiert heute jener nationale Nihilismus, der als Voraussetzung und Folge der dogmatischen Westbindung bereits in der alten Bundesrepublik Staatsdoktrin war. Die deutsche Einheit ist zu einer Einheit im nationalen Nihilismus geworden. Dies ist aus zwei Gründen grotesk: Dadurch wird Deutschland ein Fremdkörper in einer Staatenwelt, die immer stärker von der Renaissance des Nationalen bestimmt wird und schließlich hätte es ohne den nationalen Willen gar keine OstErweiterung der Bundesrepublik gegeben. Als müßten sie für die Vereinigung Sühne leisten, klammern sich die 80 Millionen Deutschen, zumindest ihre gewählten Vertreter, noch stärker an die Westmächte als während eines halben Jahrhunderts Kalter Krieg. Das mag nach Kriegsschuld, Judenvernichtung und Russenangst verständlich gewesen sein, aber heute trägt das Anlehnungsbedürfnis pathologische Züge.

Diese psychische Defekt kommt die Deutschen teuer zu stehen. Trotz der gigantischen Kosten für die deutsche Vereinigung wird Bonn bald jährlich 30 Milliarden Mark mehr an Brüssel zahlen als es von dort erhält. In den neuen Bundesländern weisen Bauschilder auf die EUZuschüsse hin; was fehlt, ist der Vermerk, daß der Bund ohne die großen Nettozahlungen an die EU ein Mehrfaches davon direkt den Projekten zuschießen könnte.

Obwohl kaum jemand ernsthaft befürchtet, Deutschland könnte auf die nationalsozialistische Politik zurückfallen, wird es immer fester an die alten westlichen Nachkriegsorganisationen gebunden, die ja ursprünglich nicht zuletzt für diesen Zweck geschaffen wurden. Was NATO und WEU und demnächst auch UNO für den außenpolitischen und militärischen Bereich bedeuten, ist die Europäische Union für die Ökonomie und die Finanzen. Absurderweise sieht die politische Elite in der Erfüllung der ausländischen Wünsche den Inbegriff ihrer vermeintlich souveränen Politik und glaubt wohl tatsächlich, so den nationalen Interessen zu dienen.

Darin zeigt sich nicht nur das Maß an herrschender Geistesverwirrung, bei einigen spielen wohl auch nationalistische Machtfantasien eine Rolle. Diese Internationalisierung der deutschen Politik könnte ja eines Tages als trojanisches Pferd dienen, mit dem klammheimlich eine deutsche Vorherrschaft über Europa etabliert werden könnte. Mit nationalstaatlicher Politik, das heißt, mit einem europäischen Staatenbund, wäre dies kaum möglich. Vieles jedoch, was heute an der MaastrichtIntegration antideutsch erscheint, könnte sich als ein teuflisches Werk deutschen Großmachtstrebens entpuppen: Dem Extremismus der nationalen Würdelosigkeit folgt früher oder später der Extremismus des Nationalismus, so daß künftige politische Kräfte die gegen Deutschland geschaffenen Strukturen gegen ihre Urheber richten und als Instrumente seiner Vorherrschaft nutzen. Dies wäre ein neuer Beweis für die Gefahren des staatlichen Internationalismus, hinter dem sich stets Vorherrschaftsinteressen verborgen haben.

Für einen Dauersitz im Sicherheitsrat paßt sich Bonn dem UN-Herrschaftskartell an, das die Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges im Rahmen der UNO bilden. Diese gewähren sich das Monopol auf Atomwaffen, beherrschen den weltweiten Waffenhandel und steuern unter der Führung der USA mit einem dichten Netz von Organisationen die globale Unrechtsordnung. Bonn hat sich in den vergangenen Jahren mit steigenden Waffenexporten und sinkender Entwicklungshilfe in diese Spitzengruppe vorgearbeitet. Es wäre allerdings eine Illusion der

Herrschaftseliten dieser Republik, zu meinen, Deutschland könnte auf diese Weise gleichberechtigtes Mitglied der führenden Industrienationen werden. Denn es ist Ziel dieser Politik, die militärischen Verlierer und ökonomischen Sieger des Zweiten und des Kalten Weltkrieges an einer eigenständigen nichtmilitärischen, das heißt intelligenteren Außenpolitik, zu hindern. Damit wird die Menschheit um die Chance gebracht, künftig die internationalen Beziehungen stärker an den Erfahrungen der Niederlage als an der Hybris der Sieger auszurichten.

Die deutsche Bevölkerung, in den neuen Bundesländern noch mehr als im Westen, scheint nach zwei Weltkriegen offen für eine andere Außenpolitik. Umfragen zeigen eine Präferenz für eine zivile Außenpolitik. Für die westliche militärische Außenpolitik gibt es keine Mehrheit; Diplomatie und humanitäre Hilfe stehen vor militärischen Interventionen. Aus Sicht der US-amerikanischen, britischen oder französischen Regierung ist es zweckmäßig, die Deutschen in die westliche Politik einzubinden. Denn deutsche Abstinenz bei einem UNO oder NATO-Desaster, wie gestern in Somalia oder morgen vielleicht auf dem Balkan, würde die Bundesrepublik als moralische Großmacht erscheinen lassen, besonders wenn sie mit humanitären und wirtschaftlichen Mitteln das Elend und den Schaden lindern würde, den die anderen mit ihren Waffen anrichten. Genau dies aber wollen die Westmächte verhindern. Gewiß ist dabei auch die Absicht im Spiel, Deutschlands Ansehen in der Welt nicht so positiv erscheinen zu lassen, daß es nicht mehr mit Auschwitz identifiziert werden könnte.

Auch die neue Bundesregierung, der dieses Parlament seine Macht veräußert, wird wieder die "Bündnisfähigkeit" zu einem zentralen außenpolitischen Prinzip erklären und auch danach handeln. Damit verzichtet dieser Staat schon deshalb auf gestalterische Politik, weil Bündnisse wie die NATO immer nur Instrumente, aber niemals politische Ziele sein können. Was heißt im übrigen "Bündnisfähigkeit", wenn das Bündnis selbst nicht weiß, was es soll und was es will? Der außenpolitische Strukturfetischismus ist auch deshalb bedenklich, weil es ja höchst unwahrscheinlich ist, daß eine Organisation, die bisher vor allem ein Instrument der nuklearen Abschreckung war, nach den revolutionären Veränderungen zur Sicherung des Friedens in Europa besonders geeignet wäre.

Daß die alte Militärstruktur sogar kriegstreibend sein kann, läßt sich an dem schwelenden türkischgriechischen Konflikt ablesen, der jederzeit zu einem offenen Krieg eskalieren kann. In den vergangenen Jahren hat Deutschland beiden Ländern "NATO-Ausrüstungshilfe" mit Panzern, Flugzeugen und Schiffen in großer Zahl geleistet. Was einmal als Unterstützung gegen sowjetische Bedrohung gedacht war, verschärft heute die Spannungen zwischen beiden NATO-Ländern. Es ist doch kein Geheimnis, daß alle historischen Versuche, durch Wettrüsten den Frieden zu bewahren, immer im Krieg oder in den wenigen Ausnahmen im wirtschaftlichen Ruin endeten. Die Doktrin des Abschreckungszeitalters, nämlich Gewalt mit Gewalt, Vernichtungsfähigkeit mit noch größerer Vernichtungsfähigkeit zu beantworten, hat sich tief in das Bewußtsein der Politiker und Militärs eingegraben. Sich davon zu lösen, ist Aufgabe der einzelnen nationalen Gesellschaften; die großen supranationalen Bürokratien sind dazu gewiß nicht fähig.

Die Kluft zwischen der neuen internationalen Lage einerseits und den alten Strukturen und dem antiquierten Denken andererseits ist deshalb so schwer zu überwinden, weil das halbe Jahrhundert Ost-West-Konflikt auch in der Gesellschaft große geistige und kulturelle Zerstörungen hervorgerufen hat. Mit einer kranken Identität kann es keine Politik der nationalen Selbstbehauptung geben. Die Unmündigkeit der deutschen Politik spiegelt den inneren Zustand der Republik getreu wider. Insofern sind staatliche Außenpolitik und gesellschaftlicher Zustand gar nicht so weit voneinander entfernt. Weshalb soll Bonn nicht

den USamerikanischen Vorgaben folgen, wo doch bis zur Sprache hin das Leben in der Bundesrepublik immer mehr amerikanisiert wird. Deutsche Begriffe werden oft nur noch aus Bequemlichkeit verwendet. Wer als modern gelten will, gebraucht amerikanische Floskeln. Die Flut USamerikanischer Filme und Fernsehserien vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen Normen, die jede friedliche Gemeinsamkeit belasten und Gewalttätigkeit in allen Lebensbereichen fördert.

Für die wachsende Gewalt unter Jugendlichen gibt es viele Ursachen, aber eine ist gewiß die permanente Infiltration eines Konfliktverhaltens, das regelmäßig mit Gewalt endet. Die Folge ist eine Banalisierung und Verrohung nicht nur der Sprache. Wer seine Sprache nicht beherrscht, kann sich selbst nicht beherrschen und schlägt eher zu. Immer mehr Menschen in diesem Land sehen, lesen, konsumieren, leben und fühlen so, daß sie leicht zu Opfern der globalen Vermarktung aller Dinge und Gefühle werden. Die geschlagenen Deutschen sind offenkundig für eine solche vermeintlich sinnstiftende Manipulation besonders anfällig und verhalten sich amerikanischer als die meisten Amerikaner. Deshalb sollte sich AntiAmerikanismus nicht gegen die Amerikaner richten, sondern gegen die Amerikanisten bei uns, die die USA nur einseitig wahrnehmen und für die amerikanische Realität blind sind, in der jedes vierte Kind unter sechs Jahren in Armut lebt und in den Slums die Lebenserwartung von Kleinkindern so niedrig ist wie in den ärmsten Ländern der Vierten Welt. In den amerikanischen Todeszellen warten fast 3000 Menschen auf den staatlichen Mord. Und die Gesellschaft ruft immer noch lauter nach der Todesstrafe, weil es in dem "melting pot" keinen "melting point" gibt und immer mehr Gewalt hervorquillt.

Die Welt hat sich schon immer bereitwillig vom amerikanischen Traum blenden lassen. Dabei sind die USA ein abschreckendes Paradebeispiel für einen von innerer und äußerer Gewalt geprägten Staat. Alles Negative wird hinter einem permanenten patriotischen Medienspektakel versteckt: Die Hekatomben der Indianervernichtung, das millionenfache Verbrechen an den Schwarzen, die Opfer von Hiroshima und Nagasaki, in Vietnam und im Irak. Zwar wird bei uns täglich vor "amerikanischen Verhältnissen" gewarnt, aber gleichzeitig setzt sich die Amerikanisierung Europas und der Welt fort. Es war leicht, den Deutschen nach 1945 das falsche Amerikabild zu implantieren. Verhängnisvoll ist freilich, daß auch heute noch so viele Deutsche jenseits des Atlantik ihre geistige Heimat suchen.

Politik und Wissenschaft, selbst die Friedensforschung, tun sich schwer, den offenkundigen Zusammenhang zwischen Gewaltpotential und multiethnischer bzw. multikultureller Bevölkerungsstruktur zur Kenntnis zu nehmen. Deshalb kann ich Ihnen nach den USA einen schmerzenden Blick auf den Balkan nicht ersparen, wo das Zusammenleben verschiedener Völker und Religionen in einem gemeinsamen Staat zur Hölle auf Erden geworden ist. Wer heute die Barbarei in Bosnien beklagt, darf nicht in anderen Staaten Lebensbedingungen schaffen oder durch Duldung entstehen lassen, die früher oder später zu ähnlichen Brutalitäten führen. Aber gerade in Deutschland versperren internationalistische Ideologien und kosmopolitische Träume den Blick auf diese mit so viel Blut geschriebene Lektion.

Die Jugoslawisierung Deutschlands

Deutschland ist auf dem Weg in die "Jugoslawisierung" bereits weit vorangekommen. Ein Viertel der Einwohner Stuttgarts sind Ausländer; fast 40 Prozent der Jugendlichen dieser Stadt haben keinen deutschen Paß. In vielen Schulen, insbesondere in den Großstädten, sind einheimische Kinder eine Minderheit. Immer mehr Menschen paradoxerweise nicht nur Deutsche, sondern auch hier geborene Ausländer fühlen sich wie Fremde im eigenen Land. Mittlerweile ist es fast schon ein Akt von Fremdenfeindlichkeit, wenn der Staat

Kindergartenplätze verweigert, denn in vielen Stadtteilen sind davon zugewanderte Familien stärker betroffen als die Minderheit der Deutschen.

Es grenzt an ein Wunder, daß es bisher nicht zu mehr offenen Konflikten zwischen den so verschiedenen Bevölkerungsgruppen gekommen ist. Aber jeder von ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, der den Kontakt zu den Bürgern noch nicht verloren hat, weiß, daß hier ein gefährliches Konfliktpotential heranreift. Übersehen wir nicht das massenhafte, aber stille Leid, vor allem der Frauen und Kinder, die zwischen den Kulturen zerrieben werden. Ich spreche von jener Hölle, die Hermann Hesse dort hat kommen sehen, "wo zwei Zeiten, zwei Kulturen und Religionen einander überschneiden". Gewiß, es gab in der Geschichte immer wieder Phasen des multikulturellen innerstaatlichen Friedens, aber dies waren in aller Regel Vorstufen zu mörderischen Konflikten. Weshalb soll ausgerechnet Deutschland, das mehr als andere Industriestaaten seine Arbeitsplätze exportiert und industrielles Wachstum nur noch durch Arbeitsplatzabbau erzielt, von ernstesten sozialen Konflikten verschont bleiben, die dann, verschärft durch die ethnischen Spannungen, Deutsche und Zugewanderte gleichermaßen bedrohen werden. Bereits heute wachsen Gewalt, Selbstjustiz und organisierte Kriminalität von und zwischen Ausländern. Und in einigen Städten sind bereits Zeichen bürgerkriegsähnlicher Gewalt zwischen Ausländern und Deutschen und mehr noch zwischen Ausländern zu beobachten. Gleichwohl darf man feststellen, daß sich der ganz überwiegende Teil der Ausländer in diesem Land weitaus friedlicher verhält, als dies angesichts der blutigen Konflikte in den Herkunftsländern, angesichts der unvermeidlichen Benachteiligung der Zugewanderten und nicht zuletzt angesichts der rechtsextremen Übergriffe zu erwarten wäre. Doch dies kann sich in einer verschärften sozialen Krise rasch ändern.

Politiker aller Parteien haben rechtzeitig vor den unübersehbaren Folgen einer unkontrollierten Einwanderung gewarnt. Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte bereits im November 1981 kategorisch festgestellt: "Mit weit über vier Millionen (Ausländern) ist die Aufnahmefähigkeit der deutschen Gesellschaft erschöpft, wenn nicht ganz große Probleme entstehen sollen." Heute wird über die Staatsangehörigkeit der Zuwanderer gestritten. Doch dies ist nur ein Randproblem. Der arbeitslose Sohn von Einwanderern wird seine Lage nicht weniger bedrückend empfinden, wenn er einen deutschen Paß hat. Andererseits wird die Empörung eines Deutschen über den erfolgreichen ausländischen Konkurrenten auf dem Arbeits oder Wohnungsmarkt nicht dann geringer sein, wenn dieser die deutsche Staatsangehörigkeit bekommen hat.

In diesem kranken Land hat aus Angst vor Stigmatisierung kaum ein demokratischer Politiker den Mut, offen zu erklären, daß es verantwortungslos ist, das Elend der Welt durch die Umwandlung des überfüllten Deutschland in einen multiethnischen Staat lindern zu wollen. Eine solche Politik ist Ausdruck mangelnder Verantwortlichkeit für das eigene Volk und die Fremden gleichermaßen. Ich denke dabei nicht an die wohlhabenden Einheimischen und die reichen Zuwanderer. Diese "Besserverdiener" profitieren von den billigen Arbeitskräften und der schleichenden Restauration einer Klassengesellschaft. Es sind die Schwachen, die Solidarität der Gemeinschaft brauchen; denn vor allem sie tragen die Folgen der Zuwanderung. Erst seitdem die Gemeinden unter der horrenden Last der Sozialausgaben für die Zuwanderer ernsthaft zu leiden haben, reagiert die Politik. Jetzt muß sie zur unmenschlichsten Form der Bevölkerungspolitik greifen, nämlich der Abschiebung. Menschen leiden und das Land nimmt Schaden, weil das politische System nicht aus nationaler Verantwortung rechtzeitig handelt, sondern nur aus finanziellen Zwängen, und damit zu spät. Vermeintlich humanitäre Politik schlägt so in Erbarmungslosigkeit um.

Die Flucht in die Welt

Vor dem selbstgeschaffenen Elend im eigenen Land flüchtet die Politik nach draußen. Bei internationalen und supranationalen Einrichtungen wie UNO und EU sollen die hausgemachten Probleme gelöst werden. Selbstverständlich macht die Klimaveränderung nicht an den Landesgrenzen halt, aber wer nach dem Desaster der "Weltgipfelpolitik" immer noch glaubt, daß auf der globalen Ebene das Lösungspotential liegt, ist lernunwillig oder lernunfähig. Wenn ein Politiker verkündet, ein Problem sei nur international zu lösen, dann sollte der kleine Mann wissen, daß da, wo gehandelt werden könnte, nichts geschieht.

Damit die Flucht vor den Aufgaben in die Unverbindlichkeit des Internationalismus nicht so leicht durchschaut wird, feiert die Politik das Niederreißen der Grenzen als Inbegriff des Fortschritts. Aber Grenzen haben ganz unterschiedliche Funktionen. Ein Todesstreifen muß selbstverständlich beseitigt werden. Aber andere Staatsgrenzen haben zumeist wichtige Schutzfunktionen. Jedenfalls nutzt die Beseitigung von Grenzkontrollen der organisierten und nichtorganisierten Kriminalität mehr als dem Bürger und dem legalen Handel. Die Menschen im Bereich des Schengener Abkommens zahlen für die Fiktion eines gemeinsamen europäischen Staates mit einer Zunahme des Verbrechens, einer freiheitsbedrohenden Datenüberwachung und der jederzeit möglichen Kontrolle innerhalb ihres Landes, denn die Kontrollen werden ja nicht abgeschafft, sondern nach außen an die meist löchrigen EUAußengrenzen und nach innen auf den Bürger verlagert. Wenn Kontrollen nicht gänzlich entfallen können, dann ist die logische Alternative zur Grenzkontrolle der Polizeistaat. Genauso sind Visum oder Aufenthaltsgenehmigung mit offenen Grenzen unvereinbar. Dieses Beispiel zeigt besonders deutlich den Irrweg einer Politik, die sich in mehrfacher Weise vom Volk immer weiter entfernt und in einer Integrationsideologie verstrickt hat.

Dieser Widersinn ist Bestandteil einer antinationalen Politik, die vor den dringenden Herausforderungen, wie Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit oder Armut im eigenen Land kapituliert, dafür aber dort Probleme lösen will, wo gar keine bestehen, wie beispielsweise mit der Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung.

Die nationale Erneuerung

Über das, was die wirklichen Aufgaben der deutschen Politik sind, wird es in diesem Haus gewiß unterschiedliche Vorstellungen geben. Aber vielleicht stimmen Sie mir zu, daß das, was die Politik besonders beschäftigt, mit den Sorgen der jungen Generation wenig zu tun hat. Viele junge Menschen fühlen sich überflüssig, ihre Arbeitskraft wird von der Gesellschaft nicht gebraucht und wenn sie Arbeit gefunden haben, können sie mit ihrem Einkommen zumindest in den Großstädten oft ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten. Von Spanien mit seiner ganz anderen Familienstruktur abgesehen, unterstützt kein europäischer Staat seine Familien so wenig wie der deutsche. Ich wundere mich, daß nicht mehr junge Menschen das Land verlassen. Würde es ein politisches Programm zur Suspendierung der Deutschen aus der Geschichte geben, seine Realisierung würde wohl ungefähr so aussehen, wie die heutige Politik.

Kann man sich in dieser Situation wundern, daß immer mehr junge Paare das Geld, das sie unter normalen Umständen für Kinder ausgeben würden, auf Fernreisen und anderen zweifelhaften Freizeitaktivitäten verjubeln. Wo das Gebot gilt, bereichert Euch, ist für Kinder kein Platz. Und dort, wo Familien überhaupt noch entstehen, sind sie oft schon bald so zerrissen, wie das ganze Volk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie stehen also vor der Aufgabe, ein Volk zu vertreten, das politisch schwerkrank und pflegebedürftig ist. Sie haben nun zwei Möglichkeiten, darauf zu reagieren: Entweder Sie nutzen diesen Zustand und vertreten als Parteien und Verbandsvertreter diejenigen Interessen, die Ihnen am nächsten stehen und überlassen auch weiterhin die wirklich wichtigen Entscheidungen denjenigen in Karlsruhe und Brüssel, die ohnehin vom Wähler kein Mandat haben. Oder aber Sie kämpfen dafür, daß in Deutschland eine nationale Schicksalsgemeinschaft entsteht, damit dieses wichtige Land in Europas Mitte eine Zukunft hat.

Dr. Alfred Mechttersheimer, Jahrgang 1939, war von 1987 bis 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Er wurde als Parteiloser auf der Liste der Grünen BadenWürttembergs ins Parlament gewählt, gehörte dem Verteidigungsausschuß und dem Auswärtigen Ausschuß an und war einer der deutschen Vertreter in den Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der Westeuropäischen Union sowie der Nordatlantischen Versammlung. Er ist Dipl.Politologe und Oberstleutnant a.D. und gibt als Sprecher des Friedenskomitees 2000 (Postfach 1308, 82303 Starnberg) u.a. den "Pressespiegel Innerer Frieden" heraus. Das ungekürzte Dokument ist dort erhältlich.